2020/46 Interview

https://www.jungle.world/artikel/2020/46/der-geist-der-mainzer-lebt-weiter

Ein Gespräch mit dem Historiker Jakob Saß über den Häuserkämpf in Berlin vor 30 Jahren

»Der Geist der ›Mainzer‹ lebt weiter«

Von **Peter Nowak**

Kürzlich ließ der Berliner Senat das Hausprojekt »Liebig 34« in Berlin-Friedrichshain räumen. Nicht weit von dort kam es im November 1990 zu Straßenschlachten zwischen Autonomen und der Polizei, zwölf besetzte Häuser wurden geräumt. Mit ihren hohen Mieten stehen sie inzwischen symbolisch für die Gentrifizierung in dem Stadtteil.

Jakob Saß *wurde 1990 in Berlin-Friedrichshain geboren. Der* ***Historiker*** *arbeitet als freier Autor und promoviert am* ***Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung*** *in Potsdam über das Thema* ***»Die Bundeswehr und die radikale Rechte (1955–1995)«****. Er ist Mitherausgeber des kürzlich im Verlag Ch. Links veröffentlichten Buchs* ***»Traum und Trauma. Die Besetzung und Räumung der Mainzer Straße 1990 in Ost-Berlin«****. Mit der »Jungle World« sprach er über den damaligen Häuserkampf im Berliner Stadtteil Friedrichshain.*

Das Auftreten der Polizei auf den Dächern umliegender Häuser oder beim Presserundgang durch das geräumte Haus in der Liebigstraße 34 in Berlin-Friedrichshain im vergangenen Monat erinnerte manche an die Räumung der Mainzer Straße vor 30 Jahren. Hatten Sie ähnliche Assoziationen?

Ja, zum Teil. Auch im November 1990 ermöglichte die Polizei in den Tagen nach der Räumung der Mainzer Straße Journalistinnen und Journalisten einen moralisch fragwürdigen Einblick in die Privatsphäre der Besetzerinnen und Besetzer. Anders als bei der »Liebig 34« konzentrierte sich die Boulevardpresse damals allerdings weniger auf eine »Drecksloch«-Inszenierung als vielmehr auf die angebliche »Mordlust« der »Chaoten«. In beiden Fällen war die Berichterstattung aber äußerst einseitig. Dass es damals bei den Festnahmen zu sexistischen Übergriffen gegen Frauen kam und Polizisten massenweise private Gegenstände – Möbel, Musikanlagen, Haushaltsgeräte, Kleidung, Bücher – aus den Fenstern auf die Straße warfen, thematisierten dagegen nur linke Zeitungen.

Sie haben kürzlich ein Buch über die Besetzung und Räumung der Mainzer Straße herausgegeben. Was hat Sie daran interessiert?

Im Frühjahr 1990 besetzten einige, vor allem Westdeutsche, aus reiner Wohnungsnot leerstehende Häuser in Ostberlin. Viele andere sahen die Besetzungen als Mittel zum Kampf gegen die befürchtete Gentrifizierung im Zuge des Vereinigungsprozesses. Die westdeutsche Autonomenzeitschrift »Interim« warnte zum Beispiel im April 1990 in einem Besetzungsaufruf vor »Wohnraumzerstörung«. Eine Westberliner »Sanierungsmafia« wolle mit Hilfe der ostdeutschen Kommunalen Wohnungsverwaltung die türkische Bevölkerung von Kreuzberg nach Friedrichshain umsetzen, um Kreuzberg »attraktiv« zu machen. Kurz - darauf besetzten West- und Ostdeutsche zehn leerstehende, zum Abriss vorgesehene Häuser in der Mainzer Straße, zwei weitere folgten später. Es war das erste große Projekt deutsch-deutschen Zusammenlebens nach dem Mauerfall, wie es der ehemalige Besetzer Freke Over in unserem Buch beschreibt. Die Räumung der »Mainzer« im November 1990 steht dagegen noch heute symbolisch für die anhaltenden Konflikte der Berliner autonomen Szene mit Politik und Polizei. Diese Konflikte sind in diesem Jahr, zufälligerweise genau 30 Jahre später, durch die Räumungen der Kneipe »Syndikat« (am 7. August geräumte Kollektivkneipe in Berlin-Neukölln, Anm. d. Red.) und der »Liebig 34« wieder hochaktuell geworden. Das gilt auch für mich persönlich, da ich im Friedrichshainer Nordkiez wohne.

> »Viele sahen die Besetzungen als Mittel zum Kampf gegen die befürchtete Gentrifizierung im Zuge des Vereinigungsprozesses.«

Wie ist es Ihnen gelungen, verschiedene Politiker und sogar den damaligen Berliner Polizeipräsidenten, Georg Schertz, zu Beiträgen für das Buch zu motivieren?

Das war tatsächlich einfacher, als ehemalige Besetzerinnen und Besetzer für Interviews zu gewinnen. Von denen begegneten uns viele misstrauisch und wollten kaum über das Trauma der Räumung reden. Vertreterinnen und Vertreter von Politik und Polizei konnten wir dagegen mit dem einfachen Argument überzeugen, dass die Besetzung und Eskalation aus so vielen Perspektiven wie möglich aufgearbeitet werden müsse. Durch die Gegenüberstellung dieser Perspektiven können wir im Buch einige Mythen entzaubern und Missverständnisse ausräumen.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Es gab nur zwölf besetzte Häuser in der Mainzer Straße und nicht 13. Diese falsche Zahl hält sich seit der Räumung hartnäckig, nicht zuletzt auf Wikipedia. Wie wir herausfanden, rührt sie von einem Irrtum im Räumungsantrag, den die Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain am Vorabend der Räumung einreichte. Auf dieser Grundlage räumte die Polizei am 14. November auch Wohnungen in den nichtbesetzten Häusern in der Mainzer Straße 12 und 12a. Auf der Pressekonferenz war daher vom »Räumungseinsatz gegen 13 Häuser« die Rede, der Irrtum wurde nicht aufgeklärt. Die Presse machte daraus 13 besetzte Häuser.

Im Buch widersprechen der damalige Regierende Bürgermeister Walter Momper (SPD) und die Politikerin Renate Künast (Grüne), damals Fraktionsvorsitzende der Alternativen Liste (AL) im Abgeordnetenhaus, einander in entscheidenden Fragen. Worum geht es und sehen Sie hier Ansätze für weitere Forschungen?

Es geht vor allem um den alten Streit, ob eine politische Lösung möglich gewesen wäre, um die Räumung zu verhindern, und welche Personen darüber entschieden. Walter Momper sagte uns im Interview, die Entscheidung zur Räumung sei am Vortag, dem 13. November 1990, im Senat mit Wissen des Koalitionspartners Alternative Liste (AL) gefallen. Renate Künast bestreitet das. Das Protokoll der Senatssitzung von diesem Tag könnte hier Klarheit bringen. Mein Kollege Jakob Mühle und ich versuchen derzeit, es im Landesarchiv zu finden.

Viele Besetzerinnen und Besetzer wollten den Bau von Barrikaden als Druckmittel nutzen, damit es zu Verhandlungen über die Legalisierung der Häuser kommt. Warum ging das Konzept in Berlin, anders als in der Hamburger Hafenstraße, nicht auf?

Dass der Konflikt um die besetzten Häuser in der Hafenstraße Ende 1987 nicht eskalierte, lag am Willen und der Initiative des damaligen Ersten Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi. Anstatt eine Räumung mit Polizeigewalt zu erzwingen, setzte er sich erfolgreich für eine friedliche Lösung ein, auch gegen Widerstände in seiner Partei, der SPD. Die Berliner SPD-Spitze betonte dagegen nach der Räumung der Mainzer Straße, dass die Besetzer nicht verhandlungsbereit gewesen seien, obwohl diese in den beiden Tagen zuvor durchaus Verhandlungsbereitschaft signalisiert hatten. Wie Jakob Mühle in unserem Buch anhand von Akten aus dem Landesarchiv Berlin beschreibt, waren die Besetzer aus der Sicht des »Magi-Senats« (seit Juni 1990 arbeiteten der Westberliner Senat und der Ostberliner Magistrat zusammen, nach der Vereinigung am 3. Oktober 1990 amtierte der »Magi-Senat« als gemeinsame Landesregierung, Anm. d. Red.) bereits seit Oktober 1990 »verhandlungsunwillig« und damit potentiell zu räumen, weil sie sich nicht auf bezirkliche Einzelverhandlungen einlassen wollten, sondern eine berlinweite Legalisierung für alle besetzen Häuser forderten.

Sehen Sie taktische Fehler auf Seiten der Besetzer?

Das dominante Auftreten Autonomer vor allem aus der Kreuzberger Szene in der Mainzer Straße trug zur Eskalation bei. Pöbeleien gegen Anwohnerinnen und Anwohner schadeten – wie bei der »Liebig 34« – dem Image der Besetzerinnen und Besetzer, und die wachsende Militanz bestärkte die Polizei- und SPD-Führung in ihrer Räumungsbereitschaft.

Die Räumung der Mainzer Straße wird oft als entscheidende Niederlage der Ostberliner Besetzerbewegung bezeichnet. Würden Sie dem Urteil zustimmen, obwohl es insbesondere in Friedrichshain zahlreiche legalisierte Häuser gibt?

Für die autonome Szene war die brutale Räumung natürlich ein herber Schlag und auch ein nachhaltiges Trauma. Gerade aber die enorme Gewalt führte dazu, dass sich Kommunalpolitik und Besetzer in Berlin durch Verhandlungen wieder annäherten. Danach wurden zahlreiche Wohnprojekte legalisiert, darunter die »Liebig 34« und die »Rigaer 94«.

Hat ein Buch 30 Jahre nach der Räumung nur historischen Wert? Oder sehen Sie auch politische Implikationen angesichts von Wohnungsnot und einer in Berlin aktiven Mieterbewegung, die auch Häuser besetzt?

Der Geist der »Mainzer« lebt heute auch weiter in der Protestkultur für eine sozialere Wohnungspolitik und städtische Freiräume. Nicht zuletzt könnte man es als Erfolg der Besetzer sehen, dass »ihre« Häuser in der Mainzer Straße und überall in Berlin eben nicht durch Abriss aus dem Stadtbild verschwanden. Paradoxerweise stechen heute die ehemals besetzten Häuser in der Mainzer Straße nach aufwendiger Sanierung besonders hervor – und stehen mit ihren hohen Mieten symbolisch für die Gentrifizierung im Kiez.

© Jungle World Verlags GmbH